

Angelika Beer, MdL

Piratenfraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Rede: TOP 12, 39, 40, 41 „Integrationsausschuss, unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge, Humanitäre Flüchtlingspolitik, Menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen“

TOP 12 zu Drucksache 18/2631 – Antrag der PIRATEN- und CDU-Fraktion

TOP 39 zu Drucksache 18/2620 – Antrag der CDU-Fraktion und Bericht der LRg. (18/2751)

TOP 40 zu Drucksache 18/2457 – Antrag der Koa-Fraktionen und Bericht der LRg. (18/2752)

TOP 41 zu Drucksache 18/1142 – Interfraktioneller Antrag und Bericht der LRg. (18/2776)

Plenartagung: Donnerstag, 19.03.2015 - Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Präsident! Die gefallenen Begriffe machen klar, es besteht absoluter Handlungsbedarf - „Task Force“ Nachtragshaushalt, IMAG uvm. Deshalb muss ich für meine Fraktion feststellen: es ist mehr als bedauerlich, dass wir heute hier eine verbundene Debatte zu wichtigen flüchtlingspolitischen Themen führen müssen. Denn jeder der hier zu beratenden Anträge und deren Berichte verdient es, separat diskutiert zu werden.

Diese **thematische Zwangszusammenlegung** wird dem Stellenwert dieser flüchtlingspolitischen Herausforderungen und ausführlichen parlamentarischen Diskussion nicht gerecht. Und dem aufmerksamen Beobachter drängt sich recht schnell der Eindruck auf, dass es sich hier auch um eine **Strategie der Diskussionsvermeidung** seitens der regierungstragenden Fraktionen handeln könnte. Flüchtlingspolitik und deren unmittelbaren Herausforderungen und Auswirkungen auf das Land Schleswig-Holstein werden uns nicht nur in den nächsten zwei Jahren intensiv beschäftigen. **50 Millionen** weltweit – und leider zahlreiche Anzeichen dafür, dass es mehr werden könnte! Hierfür benötigen wir also Fachexpertise und wohl durchdachte Lösungen – statt Schlagworte und „sich selbst auf die Schulter klopfen“. Denn dazu gibt es keinen Grund.

Ein **Bundesinnenminister** der Flüchtlingslager in Afrika fordert, eine **EU-Kommission** die darüber diskutiert, FRONTEX weiter auszubauen oder gar als **Taskforce** zur Grenzsicherung **auf dem Balkan** einzusetzen - oder das Festhalten an der unerträglichen Dublin-Verordnung – und die damit einhergehende Schleuserkriminalität –, sie alle bilden ein absurdes global-flüchtlingspolitisches Rahmenprogramm.

Auf Landesebene brauchen wir daher durchdachtere, geplantere Lösungen. Die Flüchtlingszahlen werden in diesem Jahr voraussichtlich noch weiter ansteigen **und Schleswig-Holstein ist darauf weiterhin schlecht vorbereitet**. Anspruch und Wirklichkeit klaffen hier - wie so oft - diametral auseinander.

Die Erstaufnahmeeinrichtung in **Boostedt** wird wahrscheinlich erst ab dem Jahr 2016 die 500 Flüchtlinge unterbringen können. Vom Mangel an fachlich qualifiziertem Betreuungspersonal ganz zu schweigen.

Eine **Task Force des Innenministeriums** beginnt morgen Gespräche mit den **Unis**, um Flüchtlinge auf deren Gelände unterbringen zu können. Kein Plan, keine Strategie, und was Flensburg betrifft, schon widersprüchlich. Für die Studenten durch den doppelten Abiturjahrgang reichen schon heute die Plätze nicht. Und dazu kommt, dass z.B. das freie Gelände der Uni in Flensburg weitestgehend **Naturschutzgebiet** ist. Herr Innenminister, sie sollten auch das MELUR in Ihre IMAG mit einbeziehen. Damit Ministerien nicht gegeneinander arbeiten.

Über andere **zentrale Aufnahmeeinrichtungen** wird gerade mal diskutiert. Ein Datum, für den Bezug dieser Erstaufnahmeeinrichtungen für insgesamt **4000 Flüchtlinge** zur Verfügung stehen, gibt es nicht. Ebenso wenig, wie eine umfassende Kostenanalyse in allen Bereichen.

Der Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung beispielsweise in einer Tageseinrichtung haben die Kitas bereits an ihre Belastungsgrenzen geführt. **Für eine Betreuung von Kindern aus Flüchtlingsfamilien** sind daher derzeit **gar keine Kapazitäten vorhanden**.

Die Flüchtlinge aus Krisengebieten haben nicht nur eine gefährliche Flucht hinter sich, sondern sind oftmals auch durch ihre Kriegserfahrungen **traumatisiert**. **Hier fehlt es an qualifizierten Traumatherapeuten** und an der Zeit für eine gründliche Anamnese. Auch die Frage der Kostenübernahme für eine solche Therapien ist nicht abschließend geklärt.

Ebenfalls unverständlich ist, warum **minderjährige jugendliche Flüchtlinge**, die bis zum 18. Lebensjahr einen besonderen Schutzstatus genießen, diesen mit dem Tag ihres 18. Geburtstags verlieren. Eine Heraufsetzung des Schutzalters wäre, nicht nur auf Grund ihrer vorausgegangenen Erlebnisse, aus Sicht der Betreuenden zwingend erforderlich.

Die finanzielle Ausstattung der Kommunen ist immer noch unzureichend **und die steigende Zahl an Direktzuweisungen**, also unter Umgehung einer Erstaufnahmestelle, stellt die Städte und Gemeinden vor fast unlösbare, nicht nur logistische Probleme. Verehrte KollegInnen, **Integration findet in den Kommunen statt**. Nur dort kann sie gelingen. Und deswegen brauchen die Kommunen mehr Unterstützung!

Eine zentrale Koordination, Beratung und Betreuung der - **zum Glück** - zahlreichen **ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen** und Bürger findet nicht statt. Mögliche Probleme **für Eigen- oder Fremdgefährdung im Rahmen des Ehrenamtes** oder auch die Schaffung eines einheitlichen Qualitätsniveaus im Rahmen der Betreuung sind ungelöst.

Das sind nur einige Probleme und Fragestellungen, die einen akuten Handlungsbedarf aufzeigen. Die Liste ließe sich ohne Probleme erweitern.

Ministerpräsident Albig hat vor vier Wochen gesagt „für mich ist das keine Frage des Haushalts – Es ist allein eine Frage der Haltung“ - ich muss dem entschieden widersprechen. Es ist nicht **ALLEIN eine Frage der HALTUNG** – sondern es ist die Frage

nach konkretem Handeln und strategischer Planung!

Da reicht es nicht, einfach einen **Nachtragshaushalt anzukündigen**, der sich in erster Linie durch **nicht validierte Zahlen** auszeichnet. Es reicht auch nicht, eine interministerielle Arbeitsgruppe einzurichten, die wenige Wochen vor der Flüchtlingskonferenz im Mai **noch nicht mal ein tragfähiges Konzept hat**.

Aus diesen und vielen weiteren Gründen haben meine Fraktion gemeinsam mit der CDU-Fraktion letztes Jahr einen Antrag zur Einrichtung eines **Ausschusses für Integrations- und Flüchtlingspolitik** eingebracht. Wir sind der Überzeugung, dass für die Beantwortung der zunehmenden Fragestellungen in den Bereichen Integration und Flüchtlinge ein **adäquater politischer Rahmen** geschaffen werden muss. **Der bisher zuständige Innen- und Rechtsausschuss stößt schon jetzt an seine Kapazitätsgrenzen.**

Deshalb ist unsere Forderung, **spiegelbildlich zur IMAG** einen Ausschuss des Parlamentes einzurichten, der die politische und gesellschaftliche Verantwortung über alle Fachpolitiken hinweg zusammenführt, nur logisch und verantwortlich. Dieser Ausschuss wäre auch prädestiniert dafür, die Vorschläge von humanitären Flüchtlingsorganisationen für eine „**Tool Box**“ **einen „Werkzeugkasten“** aller zur verfügbaren Möglichkeiten zu schaffen, der richtige Ort.

Und dennoch erleben wir nicht zum ersten Mal, dass sich **Rot-Grün-Blau einem sachlichen Dialog verschließt und sich durch parlamentarische Winkelzüge und ihrer Ein-Stimmen-Mehrheit eines politischen Diskurses** entzieht. **Warum**, frage ich Sie, werte Kolleginnen und Kollegen, ist es mit ihnen immer wieder unmöglich, bei humanitären Sachfragen an einem Strang zu ziehen?

Entweder wir stellen uns **gemeinsam** den Herausforderungen, Humanität, echte Willkommenskultur und Bleiberecht zu implementieren **oder sie machen weiterhin rhetorische Verkündungspolitik zu Gunsten ihres Koalitions-Wohlfühl-Zwanges – zu Lasten aller sonst Betroffenen.**

Aber genau dafür eignen sich diese Themen nun einmal nicht. Wir haben einen Vorschlag gemacht und waren seit Einbringung unseres Antrages letztes Jahr jederzeit dialogbereit und für Ihre Ergänzungen offen.

Aber anstatt den Weg für ein von uns vorgeschlagenes parlamentarisches Gremium konstruktiv zu begleiten, lamentieren Sie und schieben Kapazitäts- und Personalgründe als Gegenargumente für diesen Ausschuss vor. Wir hätten diesen Ausschuss in der Sache gerne interfraktionell auf den Weg gebracht – wie es unter anderem in Berlin und Nordrhein-Westfalen auch möglich gewesen ist.

Aber so sieht es in der Realität wohl aus, wenn die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen eines ihrer selbst erklärten, zentralen Ziele ihrer Politik, nämlich die

Integration von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein, **in gemeinsamer Verantwortung** gestalten will.

Wenn man dann noch konstatiert, dass die Koalition über mehrere Wochen **selbst die Diskussion** über unseren Antrag blockieren wollte, im Übrigen auch heute kaum etwas essentielles zu diesem beiträgt, dann stellt sich nicht nur mir die Frage Ihrer Glaubwürdigkeit.

Wo sind denn nun Ihre **Initiativen, um auf Bundes- und Europaebene** einen Richtungswechsel in der Flüchtlingspolitik einzuleiten? Es reicht nicht aus, vom Bund nur mehr Geld zu fordern, auch wenn diese Forderung berechtigt ist.

Aber, vielleicht überraschen Sie uns ja ausnahmsweise einmal, in dem Sie die **Integrationsministerkonferenz am 25. und 26. März** in Kiel dazu nutzen. Wir werden ja sehen, ob das Ergebnis wieder nur eine gemeinsame Resolution der Lippenbekenntnisse ist oder ein Schritt in die gelebte Solidarität und Humanität. Wir werden das sehr aufmerksam verfolgen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!